

DIE TAGESZEITUNG  
**junge Welt**



GEGRÜNDET 1947 · FREITAG, 20. NOVEMBER 2020, NR. 272 · 1,90 EURO (DE), 2,10 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

**Doppelmoral**

Syrien: Konferenz zu Flüchtlingen vom Westen abgelehnt. Moskau sieht Geiselnahme des Landes

**3**

**Generalangriff**

Konzern Thyssen-Krupp will 11.000 Arbeitsplätze vernichten. Werk in Duisburg vor der Schließung

**5**

**Stereotype**

Großbritannien: Linke in der Labour-Partei machen gegen Ausschluss Corbyns aus Fraktion mobil

**7**

**Altersklassen**

Über Coronakrise und Generationenrhetorik für Sozialabbau. Von Michael Klundt

**12**



# Sag kein Wort!

Früherer Wirecard-Chef stellt sich im Untersuchungsausschuss schützend vor staatliche Behörden. Verdacht von Geheimdienstnetzwerk steht im Raum.

Von Simon Zeise

Der frühere Chef von Wirecard, Markus Braun, »derzeit wohnhaft JVA Augsburg«

Der Fisch stinkt vom Kopf her. Vielbeachtet wurde der Auftritt des früheren Vorstandsvorsitzenden des mittlerweile insolventen Zahlungsdienstleisters Wirecard, Markus Braun, am Donnerstag im Untersuchungsausschuss des Bundestages erwartet.

Der Konzern aus München hatte eine riesige Finanzblase fabriziert, die im Juni dieses Jahres platzte. Der Vorstand um Braun musste einräumen, dass Luftbuchungen in Höhe von 1,9 Milliarden Euro getätigt worden waren. Anschließend fiel das Kartenhaus in sich zusammen. Auf der Gläubigerversammlung am Mittwoch in München machten geprellte Anleger Forderungen in Höhe von mehr als zwölf Milliarden Euro geltend. Geld, das jemand anders hat. Der frühere Finanzvorstand Jan Marsalek befindet sich auf der Flucht.

Und auch Braun hatte sich bis zuletzt mit Händen und Füßen gewehrt, vor dem Untersuchungsausschuss persön-

lich erscheinen zu müssen. Doch einen Antrag seines Anwalts – wegen der Coronapandemie sei eine Anreise zu gefährlich – hatte der Bundesgerichtshof am Mittwoch abgewiesen.

Braun, nach Aussage vom Donnerstag »derzeit Wohnhaft JVA Augsburg«, schwieg. Vor der Vernehmung verlas er eine mit seinem Anwalt abgestimmte Erklärung. Zu keiner Zeit habe es Hinweise gegeben, dass sich »Behörden oder Politiker unlauter verhalten« hätten. Wirtschaftsprüfer und Aufsichtsrat seien getäuscht worden. Alle weiteren Fragen quittierte Braun mit dem Verweis auf sein »umfassendes Aussageverweigerungsrecht«.

Die Behörden haben hingegen vollumfänglich mit Wirecard kooperiert. Briefwechsel mit dem Kanzleramt sind dokumentiert. Merkel machte sich auf einer China-Reise persönlich für Wirecard stark. Der Staatssekretär im Finanzministerium und frühere Goldman-Sachs-Deutschland-Chef Jörg Ku-

kies gratulierte Braun noch am 5. November vergangenen Jahres persönlich zum 50. Geburtstag.

Doch der enge Draht zu führenden Politikern ist nur die Spitze des Eisbergs. Im Raum steht, dass Wirecard an einem »Projekt Panther« zur Übernahme der Deutschen Bank beteiligt gewesen sei. Der Konzern sei eine Finanzierungsquelle des deutschen, österreichischen und libyschen Geheimdienstes. Der frühere Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung, Klaus-Dieter Fritsche, vermittelte zwischen Konzern und Regierung. Marsalek soll V-Mann des österreichischen Nachrichtendienstes gewesen sein, Investments in Libyen unterhalten und dort Geschäfte für den österreichischen Ölkonzern OMV ausgehandelt haben. Der libysche Geheimdienst habe Journalisten und Kritiker von Wirecard unter Druck gesetzt. Angesichts dieser Phalanx an Hintermännern ist es nicht verwunderlich, dass Braun staatliche Stellen mit keinem

Wort belastet. Ein ehemaliger Wirecard-Manager erschien auf Behördenwunsch nicht persönlich im Ausschuss. Die Ermittler befürchteten einen »Angriff durch Dritte«.

Auch an der Aufklärung künftiger Finanzskandale zeigt die Bundesregierung kaum Interesse. Minister Olaf Scholz (SPD) hatte Anfang Oktober eine Reform der Finanzaufsicht vorgestellt. Die auf Bilanzmanipulation spezialisierte Unternehmensberaterin Carola Rinker sagte am Donnerstag zu jW: »Die Reformvorschläge gehen meines Erachtens nicht weit genug: Anstelle der Fortführung der Deutschen Prüfstelle für Rechnungslegung als privater Verein sollte die Aufgabe der Bilanzkontrolle bei der Bafin angesiedelt werden.« Ferner habe der Report der EU-Aufsichtsbehörde ESMA vom 3. November aufgezeigt, dass die deutschen Behörden »erhebliche Versäumnisse begangen haben«.

■ Siehe Kommentar Seite 8

**Australiens Armee räumt Kriegsverbrechen ein**



Canberra. Australiens Armee hat Kriegsverbrechen durch australische Soldaten in Afghanistan eingeräumt. Eine mehrjährige interne Untersuchung habe Beweise dafür geliefert, dass Angehörige einer Eliteeinheit mindestens 39 afghanische Zivilisten und Gefangene »unrechtmäßig getötet« hätten, sagte Armeechef Angus Campbell am Donnerstag in Canberra und bat um »Entschuldigung«. Der Untersuchungsbericht habe einige Vorfälle aufgedeckt. So seien etwa Neuankommlinge gezwungen worden, einen Gefangenen zu töten, um sich »Respekt« zu verschaffen. Andere Soldaten haben Tötungen vertuscht, indem sie Namen nachträglich auf »Feindeslisten« setzten. Der Generalinspekteur der australischen Armee, der den Bericht verfasst hat, empfiehlt, 19 Verdächtige für strafrechtliche Ermittlungen an die australische Bundespolizei zu verweisen. (AFP/jW)

**Wegen Parteispenden: Zwei Strafbescheide für AfD**

Berlin. Die AfD soll wegen illegaler Spenden aus der Schweiz mehr als eine halbe Million Euro an die Bundestagsverwaltung zahlen. Das berichteten die Sender NDR und WDR am Donnerstag unter Verweis auf zwei Strafbescheide. Der erste betreffe illegale Zahlungen in Höhe von 132.000 Euro einer Schweizer Pharmafirma zugunsten des Wahlkampfes der Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Alice Weidel, im Jahr 2017 und betrage 396.016,56 Euro. Der zweite betreffe einen von der Schweizer Werbeagentur Goal AG bezahlten Kongress in Düsseldorf 2016. In diesem Fall soll die AfD den dreifachen Wert der eingegangenen Spendensumme als Strafe entrichten, also 108.412,80 Euro. Den Kongress hatte der ehemalige AfD-Landeschef in Nordrhein-Westfalen, Marcus Pretzell, gemeinsam mit der österreichischen Rechtsaußenpartei FPÖ veranstaltet. (jW)

# Schere klappt weiter auseinander

Pandemie verschärft soziale Ungleichheit in Deutschland. Hohe Einkommensverluste für Geringverdiener

Die Coronakrise dürfte die Einkommensungleichheit in Deutschland verschärfen. Das geht aus einer am Donnerstag veröffentlichten Studie der Hans-Böckler-Stiftung hervor. Anders als im vergangenen Jahrzehnt werde voraussichtlich »auch zumindest ein Teil der mittleren Einkommen zurückfallen und dadurch die Ungleichheit auf allen Ebenen wieder wachsen«, warnte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Stiftung bei der Vorstellung sei-

nes Verteilungsberichts. »Menschen, die zuvor schon wenig hatten, sind besonders oft und besonders hart von wirtschaftlichen Verlusten betroffen«, erklärte WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch. Nötig sei eine stärkere Absicherung von Erwerbstätigen – insbesondere mit geringem Einkommen –, damit es hierzulande gelinge, »die Pandemie ohne tiefe gesellschaftliche Risse zu überstehen«, sagte Kohlrausch.

Den Daten des Instituts zufolge verlor dieses Jahr bis Juni rund ein Drittel der Erwerbstätigen in Deutschland

Einkommen. Unter den Befragten mit einem monatlichen Nettoeinkommen unter 900 Euro war es fast die Hälfte; in fast 60 Prozent der Fälle betrug die Einbußen mindestens ein Viertel des üblichen Einkommens. In der Einkommensgruppe über 4.500 Euro waren dagegen nur rund 27 Prozent von Entgeltverlusten betroffen. Die Forscher des WSI betonten außerdem, dass Eigentümer großer Vermögen »nach einem kurzen Einbruch zu Beginn« von der Krise profitierten. Auch dies dürfte aus ihrer Sicht die soziale Un-

gleichheit in der BRD verstärken.

Schon vor der Coronakrise war zudem nach Zahlen des Statistischen Bundesamts fast jeder siebte junge Bundesbürger von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. 2,1 Millionen Kinder und Jugendliche waren den Angaben vom Donnerstag zufolge im vergangenen Jahr betroffen, ihr Anteil betrug 15 Prozent. Zwar gibt es noch keine Daten zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Armutsgefährdung von Kindern, Experten befürchten jedoch eine Verschärfung der Lage. (AFP/jW)

**jW** wird herausgegeben von **2.435 Genossinnen und Genossen** (Stand 13.11.2020)  
www.jungewelt.de/lpg

